2019\_03\_18\_5G vor dem Ausbau

BUND fordert, dass gesundheitliche Auswirkungen von 5G vor dem Ausbau erforscht werden

Berlin. Das mobile Breitband 5G wird zurzeit viel diskutiert – allerdings geht es in diesen Diskussionen hauptsächlich um die Chancen für Wirtschaft und Industrie. Kaum thematisiert werden dagegen mögliche gesundheitliche Risiken, die mit dem Einsatz von 5G verbunden sein können. Aus Sicht des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) muss die Bundesregierung die Gesundheit der Menschen endlich in den Blick nehmen. „Wir fordern, dass schnellstmöglich die gesundheitlichen Auswirkungen von 5G im Rahmen von Begleitstudien durch unabhängige Institute erforscht werden“, sagt der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger anlässlich der heutigen Versteigerung von 5G-Frequenzen.

Weiger kritisiert, dass Risikoforschung bisher kaum stattgefunden habe. „Weder sind die Wirkungen auf Risikogruppen wie Kinder ausreichend untersucht, noch lassen sich Aussagen von 5G-Befürwortern, dass es keine Risiken durch die flächendeckende Nutzung elektromagnetischer Strahlung gäbe, wissenschaftlich belegen“, so der BUND-Vorsitzende. „Aus Vorsorgegründen muss die Bundesregierung dem Beispiel der Schweiz folgen und eine Absenkung der Grenzwerte aller Mobilfunksendeanlagen vor dem weiteren Ausbau um mindestens 90 Prozent veranlassen.“

Weiterhin sei es vor einem Netzausbau dringend notwendig zu prüfen, wie viele Sendemasten in den Regionen wirklich benötigt würden. Eine Verpflichtung der Netzbetreiber, sich Sendeanlagen zu teilen – das so genannte Roaming –, könnte die Dichte von Sendemasten reduzieren. Denn dann müssen die Netzanbieter nicht jeweils eigene Sendemasten errichten, um ihren Kundinnen und Kunden eine gute Netzabdeckung bieten zu können.

Bei der heutigen Versteigerung geht es in erster Linie um langwellige Frequenzen bis 3,6 Gigahertz (GHz). Die kurzwelligen Bereiche mit Frequenzen von 20 bis 80 GHz sollen frühestens 2021/22 versteigert werden. Diese höheren Frequenzen werden eine deutlich kürzere Reichweite haben und deshalb mehr Sendeanlagen erfordern, die demzufolge auch näher an die Nutzerinnen und Nutzer heranrücken müssen. „Bevor diese Versteigerung beginnt, müssen daher zwingend die Folgen dieser neuen 5G-Sendeanlagen für die Gesundheit geklärt werden“, fordert Hubert Weiger. Allerdings sieht der BUND auch Chancen in einer verstärkten Digitalisierung, zum Beispiel im Bereich der Energiewende und der Mobilität für den Bereich des öffentlichen Verkehrs, sodass hier Abwägungen notwendig werden. „Grundsätzlich stellt sich der BUND nicht gegen technische Neuerungen – jedoch muss dem Vorsorgeprinzip und der Risikoforschung der gebotene Raum zukommen“, so Weiger.

Pressekontakt:  Patricia Cameron, Abteilungsleiterin Stoffe und Technologien beim BUND, E-Mail: patricia.cameron@bund.net, bzw. Katrin Matthes, BUND-Pressereferentin, Tel.: 030-27586-531; E-Mail: presse@bund.net, [www.bund.net](https://deref-gmx.net/mail/client/xj80_Udc2MI/dereferrer/?redirectUrl=http%3A%2F%2Flink.email.dynect.net%2Flink.php%3FDynEngagement%3Dtrue%26H%3D5eXH0qSKdBRphS6WO4YlQwwSTi8wtQOqejFjZKiddbCzZ5Bbl4XDYUNqZLFswStsMTu3iaSZS42sKq0p7T%252Fn%252F2VQg3nqbNmyo9r0lx9r%252FdbLnBwCYFR1JN27lhoMMIWU%26G%3D0%26R%3Dhttp%253A%252F%252Fwww.bund.net%26I%3D20190319101531.000000fe3875%2540mail6-43-usnbn1%26X%3DMHwxMDQ2NzU4OjVjOTBjMTFiZDIyYzBhNzQ4YTY2OGZiNDs%253D%26S%3DTu21N3-uTz3lOo5QLv2E61JegP0PiO-tkLxsx0HksAI)